

Dortmund

Open Source hat Priorität

[09.04.2021] Die Stadt Dortmund hat sich dazu verpflichtet, in der Verwaltung künftig bevorzugt Open Source Software einzusetzen. Der Entschluss ist unter anderem dem Wunsch nach digitaler Souveränität geschuldet.

Der Rat der Stadt Dortmund hat sich dafür entschieden, in der Verwaltung vorrangig auf Open Source Software zu setzen. Für jeden Einsatz proprietärer Software muss die Verwaltung daher künftig begründen, warum keine Open Source Software eingesetzt werden kann. Zusätzlich soll von der Verwaltung entwickelte oder zur Entwicklung beauftragte Software der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Das meldet die Open Source Business (OSB) Alliance. Viel Überzeugungsarbeit habe vor dieser Entscheidung der Kommune die Initiative Do-FOSS für den Einsatz Freier und Quelloffener Software bei der Stadt Dortmund geleistet. „Dortmund unterstreicht durch den für viele Kommunen wegweisenden Entschluss zum Einsatz und zur Priorisierung von Open Source Software eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Strategie bei der Digitalisierung der Stadt“, kommentiert Peter Ganten, Vorstandsvorsitzender der OSB Alliance. „Besonders gut ist dabei die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und den in der Initiative Do-FOSS engagierten Bürgern. Diese Zusammenarbeit, ohne die der aktuelle Entschluss nicht möglich gewesen wäre, zeigt, dass gute und nachhaltige Digitalisierung auch im Fokus des gesellschaftlichen Interesses steht.“

Laut Christian Nähle, Geschäftsführer der Initiative Do-FOSS, bedeutet der Beschluss der Stadt Dortmund eine Zeitenwende für die Art und Weise, wie der Einsatz von Software durch die Stadtverwaltung diskutiert und dargestellt werden muss. So hätten Fachverfahren, die als Open Source angeboten werden, künftig einen Startvorteil. „Wir müssen allerdings noch beantworten, wie wir bestehende Herstellereinschlüsse aufbrechen wollen“, sagt Nähle. Do-FOSS erarbeite nun gemeinsam mit der Stadt Dortmund Elemente für eine Digitalisierungsstrategie. „Außerdem planen wir eine kommunale Open-Government-Konferenz in Dortmund, die sich schwerpunktmäßig mit freier Software für den öffentlichen Dienst befassen soll“, so Nähle weiter. „Fest steht, dass wir in Dortmund mit unserem Bedürfnis nach digitaler Souveränität nicht alleine sind.“ Zusammen mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und dem Deutschen Städtetag arbeite die Initiative daher intensiv an einem Sonderbericht für Kommunen zu digitaler Souveränität.

(bs)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Dortmund, Open Source, OSB Alliance, Do-FOSS